

IPPNW akzente

Eine Information der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges,
Ärzte in sozialer Verantwortung e.V..

IPPNW - Delegationsreise in die Türkei

Die Türkei vor den Wahlen

Reformsignale Richtung Europa –
Repression und Demütigung gegen Kurden und Minderheiten

März 2011



Samstagsmütter in Diyarbakir

Foto: Mehmet Bayval

TeilnehmerInnen: Theresa Bauer, Mehmet Bayval, Christa Blum, Mehmet Desde, Sigrid Ebritsch, Necla Ertem, Döne Günduz, Steffi Kern, Gisela Penteker, Vera Seidel, Jana Simon, Friederike Speitling

Kontakt: IPPNW Deutschland, Körtestr. 10, 10967 Berlin
030/698074-0, ippnw@ippnw.de



Die Türkei vor den Wahlen

Reformsignale Richtung Europa – Repression und Demütigung gegen Kurden und Minderheiten

Einführung	4
Reiseablauf	6
Eddy Ekrem Güzeldere	7
Berivan Bingöl	7
Besime Turan, li.	7
Newzat Boskus, Bürgermeister (AKP) von Kars	8
Idris Agbaba, BDP Kars	9
Kamer Kars, Berva Karaca re.....	9
Ismail Akbolut, IHD Hakari.....	10
Dr. Fadil Bedirhanoglu, Bürgermeister von Hakari	10
KaMer in Hakari, Zozan li.	11
KaMer in Van, Nazmiye Acer und Demet Tuna.....	11
Ömer Isik, IHD Van	12
Hülya Hyanik, Vahdettin Kilic, SES Diyarbakir	12
Samuel Aktas, Metropolit Mor Gabriel	13
Isa Garis, Sekretär Mor Gabriel	13
BDP Midyat.....	13
Rehsan Atalay, IHD Diyarbakir	14
Nilgün und Nülifer, KAMER Diyarbakir	14
KaMer –Kadin Merkezi (Frauenzentrum).....	15
Die Reise nach Silopi an die Syrische Grenze.....	17
Teilnahme an Newroz in Amed / Diyarhakir am 20.03.2011	19
Das Gesundheitssystem im Wandel.....	21
Kranke Gefangene.....	21
Reformen des Gesundheits- und Sozialsystems: Theorie und Praxis.....	23
Die Situation der Kurdischen Sprache in der Türkei ist weiterhin problematisch.	25
Nachtrag – Aktualisierung – September 2011	26
Abkürzungen:	28

Einführung

Gisela Pentecker

Mit zehn Frauen musste sich unser langjähriger Dolmetscher Mehmet Bayval in diesem Jahr auf die Reise begeben. Einzige männliche Unterstützung war Mehmet Desde, Deutscher mit kurdischen Wurzeln, der von 2002 bis 2008 in der Türkei festgehalten, gefoltert, verurteilt und ins Gefängnis gesperrt wurde.

Er war in Behandlung bei der türkischen Menschenrechtsstiftung in Izmir, nach seiner Rückkehr beim Behandlungszentrum für Folteropfer in Berlin. Sein Buch über seine Erfahrungen ist im Oktober 2010 auf Türkisch in der Türkei und wenige Tage vor unserer Abreise auf Deutsch erschienen. (Mehmet Desde, Folter und Haft in der Türkei, Ein Deutscher in den Mühlen der Willkürjustiz, von Loeper Literaturverlag, ISBN 978-3-86059-334-9). Beide Mehments waren uns wertvolle Reisebegleiter. Mehmet Desde eröffnete uns manche neue Perspektive und Mehmet Bayval übersetzte unermüdlich von morgens bis abends und versuchte geduldig, all die unterschiedlichen Wünsche und Bedürfnisse unter einen Hut zu bringen.

Die Reise führte von Istanbul über Kars an der armenischen Grenze, Van und Hakkari nach Diyarbakir, wo wir das Newrozfest feierten, dann nach Mardin, Midyat, Silopi und Hasankeyf. Unsere Gesprächspartner waren Bürgermeister, ÄrztInnen, Gewerkschafter, Menschenrechtler, VertreterInnen der kurdischen Partei BDP, der syrisch-orthodoxen Kirche und der Frauenorganisation KAMER.

Zentrales Thema bei allen Gesprächspartnern war das Verhalten der AKP-Regierung vor den Wahlen. Nach der Wahlschlappe für die AKP in den kurdischen Gebieten bei der Kommunalwahl 2009 wurde nicht nur die Vorgängerpartei der BDP, die DTP verboten. Viele der gewählten Bürgermeister wurden verhaftet und sitzen bis heute in Untersuchungshaft. Der Prozess wurde erst nach mehr als einem Jahr eröffnet und dümpelt vor sich hin, weil die Angeklagten darauf bestehen, sich in ihrer kurdischen Muttersprache zu verteidigen, das Gericht aber den Gebrauch einer „unbekannten Sprache, die kurdisch sein soll“, ablehnt und die Verhandlungen vertagt.

In diesem Stil werden auch andere Probleme angegangen.

So werden seit einiger Zeit Massengräber gefunden, in denen die Verschwundenen des Bürgerkriegs liegen. Die Regierung Erdogan verkauft das als ein Zeichen ihrer Bereitschaft, sich mit der traurigen Vergangenheit auseinander zu setzen. In der Realität aber vernichtet sie durch grobe Eröffnungen der Gräber mit schwerem Gerät die Spuren und macht eine Identifizierung der Toten unmöglich. Menschenrechtsgruppen, vor allem IHD und TIHV fordern, dass unabhängige Experten vor Ort anwesend sein müssen und dass eine Gendatenbank aufgebaut wird. Internationale Erfahrungen, wie man mit solchen Massengräbern verfahren sollte, um Aufklärung zu betreiben, gibt es ja reichlich.

Wir haben an einer sehr eindrücklichen Versammlung der Samstagsmütter in Diyarbakir teilgenommen, die seit vielen Jahren nach dem Verbleib ihrer verschwundenen Angehörigen fragen. Auf ihre Initiative wurden in vielen kurdischen Städten so genannte Freiheits- und Demokratiezelte aufgebaut, in denen die Menschen zur Diskussion über die Zukunft des Landes und der Gesellschaft eingeladen werden. Nach dem Newrozfest wurden viele dieser

Zelte auf Befehl der Gouverneure, der Vertreter der Zentralregierung, von der Polizei gewaltsam geräumt und zerstört.

Dabei sind die Forderungen der Kurden bescheiden und klar:

- Das Recht auf Erziehung und Bildung in der Muttersprache
- Die Freilassung aller politischen Häftlinge
- Die Beendigung des bewaffneten Kampfes
- Die Abschaffung der 10%-Hürde bei den Parlamentswahlen
- Regionale Autonomie in einer demokratischen Republik

Der Versöhnungsprozess mit den Armeniern ist schwer gestört. Das symbolträchtige Monument des renommierten Künstlers Aksoy in Kars ist inzwischen abgerissen worden, nachdem der Premierminister Erdogan es als „monströs“ bezeichnet hatte.

Die syrisch-orthodoxen Christen im Tur Abdin kämpfen weiter um ihr Überleben in der Region. Das Kloster Mor Gabriel muss seine Ländereien, die dort seit über 600 Jahren von Mönchen bewirtschaftet werden, vor Gericht verteidigen. Moslemische Nachbarn erheben Ansprüche und scheinen entgegen aller historischen Tatsachen Recht zu bekommen.

In Hasankeyf trafen wir auf Vertreter der türkischen Umweltorganisation DOHA und konnten ihre Forderung unterstützen, die über 10.000 Jahre alte Höhlenstadt zum Weltkulturerbe zu erklären und vor der Überflutung durch den geplanten Ilisu-Staudamm zu schützen. Anlass war der Besuch einer hochrangigen Expertenkommission, die im Auftrag des Verwaltungsgerichts Diyarbakir ein weiteres Gutachten erstellen soll. Wieder knüpfen sich daran große Hoffnungen der Menschen in Hasankeyf und im Tigris Tal. Ob die Regierung Erdogan sich an ein Urteil des Verwaltungsgerichts Diyarbakir halten würde, darf allerdings bezweifelt werden.

Im Vergleich zum letzten Jahr war die Stimmung angespannt. Es herrschte Wut und Entschlossenheit, das Gefühl, sich auf niemanden verlassen zu können. Der Ton war deutlich kämpferischer, leider auch oft militanter.

Reiseablauf

13.3.: Ankunft in **Istanbul**

Gespräch mit Ekrem Eddy Güzeldere, ESI Istanbul

Treffen mit Juliane Meyer und Alex Schwickert, Medizinstudenten in Istanbul

14.3.: Berivan Bingöl, Ärztin in einem privaten Gesundheitszentrum,

Hausärztin nach dem neuen System

Besime Turan, 2. Vorsitzende der BDP

IHD in Beyoglu

15.3.: **Kars**

Nevzat Boskus, Bürgermeister von der AKP

Idris Agbaba, BDP

16.3.: Berva Karaca, Kamer

17.3.: **Hakari**

Ismail Akbolut, IHD

Dr. Fadil Bedirhanoglu, BDP, Bürgermeister

Kamer

18.3.: **Van**

Nazmiye Acer und Demet Tuna, Kamer

Ömer Isik, IHD

Akhdamar

19.3.: **Diyarbakir**

Hülya Hyanik, Ramazan Kaval, Vahdettin Kilic, SES

NEWROZ - Empfang

20.3.: **NEWROZ in Diyarbakir**

21.3.: **Mardin** – Treffen mit Familie S.

Midyat

Isa Garis, Mor Gabriel

22.3.: Silopi

BDP Midyat

Hasankeyf

23.3.: **Diyarbakir**

Rehsan Atalay, IHD

24.3.: Tag des zivilen Ungehorsams

Nilgün und Nülifer, KAMER



Eddy Ekrem Güzeldere

Der junge türkisch-deutsche Wissenschaftler bringt uns seine neueren Arbeiten mit. Ein Schwerpunkt war die Situation der Christen in der Türkei in den vergangenen Jahren. Unsere Diskussion drehte sich um den „Tiefen Staat“, um die Spielräume, die der Ministerpräsident Erdogan hat, und um die Auswirkungen des Ergenekon-Prozesses, bei dem hohe Militärs und viele Prominente aus Wirtschaft und Kultur beschuldigt werden, einen Putsch gegen die AKP-Regierung geplant zu haben.

Herr Güzeldere ist weiterhin optimistisch und glaubt, dass sich die Zeit nicht zurück drehen lassen wird.



Berivan Bingöl

Berivan ist immer noch die fröhliche, gut gelaunte Frau, die wir vor 14 Jahren in Diyarbakir kennen gelernt haben. Im Oktober 2010 auf der Jubiläumsfeier der Menschenrechtsstiftung TIHV war sie voller Vorfreude auf ihre neue Arbeit im Viertel des 1.Mai und lud uns ein, das Viertel und ihre Arbeit kennen zu lernen.

Bei unserem Treffen ist sie desillusioniert und denkt über eine neue Stelle als Betriebsärztin nach. Die Arbeit im Gesundheitszentrum ist nicht zu schaffen und lässt sich mit ihrer Gewissenhaftigkeit nicht vereinbaren. Das neue System fördert geradezu zum Betrügen auf. Außerdem wird ein hohes Maß an betriebswirtschaftlichem Verständnis von ihr verlangt.

S. Bericht von Friederike Speitling



Besime Turan, li.

Auch in ihrem Viertel, in dem viele verschiedene Volksgruppen leben, gibt es zunehmend Probleme für die Kurden. Die Solidarität der anderen Gruppen ist sehr begrenzt. Es gibt keine staatliche Unterstützung für die Partei, obwohl ihr die per Gesetz zusteht. Sie erheben schwere Vorwürfe gegen

die Polizei, die in den Drogenhandel verwickelt sei und die Jugendlichen zu manipulieren versuche. Später sehen wir vor der Schule viele Eltern auf ihre Kinder warten.

Die Ärmsten im Viertel sind die Roma, die im und vom Müll leben. Die Partei veranstaltet verschiedene Bildungsprogramme: eine Akademie für politische Bildung einen Monat lang

jeden Abend, Alphabetisierungskurse drei Monate lang jeden Abend, einen Kurdisch Kurs drei Monate lang jeden Abend. Vorträge zu Gesundheitsthemen werden von einzelnen Ärzten angeboten.

Beim IHD in Beyoglu hat niemand wirklich Zeit für uns. Alle AnwältInnen und MitarbeiterInnen sind unterwegs. Die Sekretärin gibt uns einen komprimierten Überblick über die derzeitigen Schwerpunkte der Arbeit.

Da sind zum einen die Massengräber, die in den kurdischen Gebieten gefunden werden. IHD fordert die Einrichtung einer DNA-Datenbank und die Beteiligung ihrer Kommission und der Gerichtsmediziner von Anfang an.

Allein 13 Vorstandsmitglieder des IHD sind seit 1990 ermordet worden. Die Morde wurden nie aufgeklärt.

Ein weiteres Thema sind die Selbstmorde bei den Soldaten. Von 2005 bis 2010 haben sie 485 Fälle registriert, 2011 waren es schon 39, meist Aleviten und Kurden.

Auch die Situation in den Gefängnissen macht ihnen Arbeit und Sorgen. 2010 sind 413 Personen im Gefängnis gestorben, meist weil sie trotz einer schweren Erkrankung keine medizinische Behandlung bekommen haben. Zur Zeit sind allein in den Gefängnissen der Marmararegion 212 Gefangene schwer krank.

Daneben gibt es weiterhin Anzeigen wegen Folter, 613 Fälle in Istanbul im Jahr 2010.



Newzat Boskus, Bürgermeister (AKP) von Kars

Nach einer unvorhergesehenen Zwischenlandung wegen einer Kranken an Bord konnten wir den ursprünglich vereinbarten Termin nicht einhalten. Als wir nach einem Gang durch die vernachlässigte Stadt über aufgeweichte Schotterstraßen im prächtigen Bürgermeisteramt ankamen, ließ der Herr Bürgermeister uns warten. So hatten wir Zeit, die Hochglanzbroschüren mit Herrn Boskus und Familie bei seiner segensreichen Tätigkeit für die Stadt zu betrachten.

In der großen Amtsstube berichtete er von der reichen Geschichte seiner Stadt und vom friedlichen Zusammenleben all der vielen verschiedenen Menschen.

Das Armenierdenkmal müsse abgerissen werden, weil es ohne Genehmigung auf historischem geschütztem Grund errichtet worden sei. Seine Vorgänger hätten darauf nicht geachtet. Das Symbol des Friedens sei nicht so wichtig wie die Notwendigkeit, Gesetz und Ordnung einzuhalten. Er sieht eine gute Zukunft für Kars u.a. durch ein Eisenbahnprojekt von

London über Kars nach Peking. Neben Ackerbau und Viehzucht gebe es etwas Tourismus, vor allem Wintersport.



Idris Agbaba, BDP Kars

Herr Agbaba wirkte sehr depressiv. Er ist seit einem Jahr Vorsitzender. Von zehn Mitgliedern der Kreisgruppe seien neun im Gefängnis. Er selbst war auch sechs Jahre inhaftiert und lebt erst seit 2005 wieder in Kars. Im Stadtgebiet leben 60% Kurden, in der Provinz 70%. BDP und AKP teilen sich die Wählerstimmen.

Zur Zeit ist die BDP hauptsächlich damit beschäftigt, sich um die Inhaftierten und ihre Familien zu kümmern. Gute Anwälte können sie sich nicht leisten. Das politische Engagement führt zum wirtschaftlichen Desaster. Frieden bleibt das wichtigste Ziel. Bisher haben sie immer gewartet, dass es jemand für sie richtet, Öcalan oder der Staat. Sie verstehen jetzt, dass sie den Frieden selbst und mit demokratischen Mitteln erarbeiten müssen.



Kamer Kars, Berva Karacare.

KAMER gibt es in Kars seit sieben Jahren. In zwei Gruppen zu je 15 Frauen gibt es Schulungen, Beratung, eine Nothotline. Ziel ist es bei häuslichen Problemen gemeinsame Lösungen zu suchen, die Männer nicht auszuschließen. Es gibt in Kars ein Frauenhaus. Schulungen der Polizei finden noch

nicht statt, werden aber angestrebt.

Während des Gesprächs kamen immer mehr Frauen. Sie wirkten fröhlich und selbstbewusst. Auf dem Tisch waren Handarbeiten, hauptsächlich Filzarbeiten, die in einer Ausstellung gezeigt werden sollten. Die Frauen freuten sich, dass wir die Arbeiten bewunderten und verkauften sie uns nach anfänglichem Zögern.

Die meiste Arbeit wird ehrenamtlich geleistet. Zur Zeit gibt es Fördergelder von der UNO und aus Neuseeland.

(s. Bericht von Jana Simon und Theresa Bauer)



Ismail Akbolut, IHD Hakari

Er hat als Kind nicht kurdisch gesprochen und macht gerade einen Kurs wie viele der politisch engagierten Kurden. Alle wünschen sich, dass der Kampf endlich aufhört, die Unterdrückung und Verfolgung, die sie seit ihrer Kindheit erleben und die jetzt ihre Kinder auch noch erleben müssen. Allein im letzten Monat seien 50 junge Leute aus Hakari in die Berge gegangen. Die Steine werfenden

Kinder seien zwar weitgehend aus dem Gefängnis entlassen worden. Sie seien in einer psychisch schlechten Verfassung. Psychologische Hilfe gebe es für sie nicht. Die meisten gingen nicht mehr zur Schule, viele hätten sich der Guerilla angeschlossen. Die Kinder bekämen von der Anwaltskammer Pflichtverteidiger gestellt, die sich aber nicht engagieren würden, wenn die Familien sie nicht zusätzlich bezahlten. Die wirtschaftliche Lage der Familien sei aber schlecht. Beim IHD in Hakari gibt es zur Zeit keinen Anwalt. Ein Anwalt in der Stadt war sehr engagiert, ist aber inzwischen auch in die Schusslinie des Staates geraten und hat mehrere Gerichtserfahren am Hals.

Bei Festnahmen und auch im Gefängnis werden die Menschen durch Schläge übel zugerichtet. Das hat wieder zugenommen.

Sorgen bereitet ihnen eine neue paramilitärische Organisation – Mescit -, die besonders in Yüksekova tätig ist. Sie habe mehrere Bombenanschläge verübt und werde von der Polizei geschützt.



Dr. Fadil Bedirhanoglu, Bürgermeister von Hakari

Er wurde 2009 mit 80% der Stimmen in Hakari gewählt. Eine große Sorge ist, dass das türkische Militär in diesem schmutzigen Krieg Chemiewaffen einsetzt. Der Verdacht ergibt sich aus dem Zustand der getöteten Guerillakämpfer. Außerdem treten in

der Bevölkerung zunehmend Krebs- und Herz-Kreislaufkrankungen auf, für die es keine andere Erklärung gibt. In Hakari gibt es keine Industrie, die Luft ist rein. In die internationalen Konventionen – die Türkei hat die Chemiewaffenkonvention unterschrieben – hat er kein Vertrauen. Er befürchtet, dass die Staaten sich gegenseitig decken. Als Beispiel führt er die Antiminenkonvention an, um die sich ja auch keiner kümmere.

Eine weitere Sorge ist die finanzielle Lage der Stadt. Es gibt viele Flüchtlinge aber wenig Arbeitsmöglichkeiten. Für die städtischen Aufgaben gibt die Zentralregierung in Ankara Geld pro Kopf. Es gibt in Hakari viel Polizei und Militär, für die auch Infrastruktur bereit gestellt werden muss. Sie gelten aber nicht als Einwohner ebenso wie viele Flüchtlinge, die sich nicht registrieren lassen. So könne er oft die Gehälter der Stadtbediensteten nicht bezahlen. Projekte der Stadtentwicklung könne er nur mit Hilfe der Bevölkerung verwirklichen.

In Absprache mit den Gewerkschaften versuchen sie, die Stadtbediensteten zu erziehen. Wer sein Geld nicht an die Familie weiter gibt, wird bestraft, indem die Hälfte des Geldes direkt an die Familie geschickt wird. Wer zwei Frauen hat, wird verwarnt und verliert möglicherweise sogar den Arbeitsplatz. Wer seine Kinder nicht zur Schule schickt, wird verwarnt.



KaMer in Hakari, Zozan li.

Schwerpunkt ihrer Arbeit waren Untersuchungen zu häuslicher Gewalt in verschiedenen Vierteln und die Situation von Behinderten, die in allen Fällen von Frauen versorgt werden. Besonders viele Behinderte gibt es in den Flüchtlingsfamilien. Die Mitarbeiterinnen von KAMER registrieren, beraten und informieren über die auch in der Türkei geltenden Rechte. Eine Konsequenz aus diesen

Untersuchungen ist, dass das KAMER-Büro jetzt im Erdgeschoss ist. In diesem Jahr wollen sie in den Vierteln Kinderfeste organisieren und parallel dazu Seminare für die Mütter anbieten. In den Seminaren sind keine Männer zugelassen, auch nicht als Referenten. Das ist besonders bei Rechtsthemen schwierig, da es keine weiblichen Juristinnen in der Stadt gibt.

In Stadt und Provinz gibt es 13 Klans. Die Feudalstruktur beherrscht das Leben. Frauen werden sehr jung verheiratet. Bei einer Scheidung verlieren sie die Kinder und geraten in existenzielle Not.

Die Gewalt in den Familien ist allerdings häufig eine Folge der Armut.



KaMer in Van, Nazmiye Acer und Demet Tuna

Seit unserem letzten Besuch hat die Führung gewechselt. Eine der früheren Leiterinnen studiert, die andere ist verheiratet. Die Arbeit geht weiter. Nebahat Koc, die Gründerin von KaMer aus Diyarbakir, macht Supervision und Training. Nazmiye hat schon in verschiedenen Frauengruppen gearbeitet. Das Besondere an KaMer sei, dass es keine Hierarchie gibt. „Man bleibt bei sich und man selbst“.

Die Lebensbedingungen für Frauen sind in Van leichter als z.B. in Hakari. Durch die Universität herrscht eine große Offenheit. Es gibt auch einige Arbeitsmöglichkeiten für Frauen, z.B. in den Teppichkooperativen. Die KAMER-Frauen gehen in den Vierteln von Haus zu Haus und werden meist freundlich empfangen. Sie laden die Frauen zu Seminaren ein. Zuletzt kamen 200 Frauen zu einem Seminar. Schwierig ist es, Räume zu finden,

Die Gesundheitszentren waren bisher gute Orte, um Frauen zu erreichen. Seit der Umstellung auf das neue System ist das schlechter geworden. Früher lag der Schwerpunkt in den Gesundheitszentren bei der Prävention. Jetzt geht es um die Menge an Patienten, die jeden Tag durchgeschleust werden.



Ömer Isik, IHD Van

Schwerpunkt der Arbeit: Betreuung der Gefangenen und ihrer Familien. Es gibt viele Folteropfer, Kranke, Homo- und Transsexuelle unter den Gefangenen. Der IHD nimmt die Fälle auf, schreibt Berichte, macht Anzeigen, gibt Erklärungen ab. „Es ist, wie mit einer Stecknadel eine Zisterne zu graben.“

Ein zweiter Schwerpunkt sind die Massengräber, von denen bis jetzt etwa 300 in der kurdischen Region bekannt sind. Bisher verweigert der Staat eine ordnungsgemäße Öffnung. In Gûpinar hat man ein Grab geöffnet und die Knochen den Hunden zum Fraß vorgeworfen. Ein Grab wurde mit Bulldozern und Baggern geöffnet und zerstört. Sie fordern eine Kommission, die dafür sorgt, dass IHD-Vertreter und Gerichtsmediziner bei der Öffnung dabei sind.



Hülya Hyanik, Vahdettin Kiliç, SES Diyarbakir

Es gibt viele Probleme durch die Gesundheitsreform, vor allem große Unsicherheit, weil viele Dinge nicht geklärt sind. Schon kann man sehen, dass Impfungen und Prävention auf der Strecke bleiben.

Die Mitgliedschaft in der SES ist weiterhin gefährlich. Viele Aktive sitzen im Gefängnis oder werden zu hohen Geldstrafen verurteilt. Zwangsversetzungen gibt es nur noch selten.

s. Bericht Friederike Speitling



Samuel Aktas, Metropolit Mor Gabriel



Isa Garis, Sekretär Mor Gabriel

Das Kloster kämpft weiter um sein Land, das von den kurdischen Nachbarn beansprucht wird. Nach der türkischen Gesetzgebung hat jemand Anspruch auf Land, wenn er es 20 Jahre bewirtschaftet hat. Das Kloster kann 600 Jahre ununterbrochene Bewirtschaftung nachweisen. Die beiden Männer sind sehr zornig und verzweifelt. Sie sind überzeugt, dass die letzten Christen aus dem Tur Abdin vertrieben werden sollen.

Die Europäer interessieren sich nicht für ihr Schicksal. Wenn es hier einen seltenen Vogel gäbe, wäre das Interesse vielleicht größer.



BDP Midyat

Die Vorsitzende ist so depressiv wie im letzten Jahr. Sie klagen über die schwierigen Bedingungen, die vielen Gerichtsverfahren. Die Bevölkerung hat Angst. Drei Klans beherrschen die Stadt und die Provinz. AKP und MHP haben einen großen Spitzelapparat installiert.

Zum Schluss kommt eine Gruppe junger Männer herein. Sie waren am Vortag im Anschluss an die Newrozfeier verhaftet und stundenlang verhört und beschimpft worden. Sie mussten vier Stunden mit erhobenen Händen an der Wand stehen und dann viele Papiere unterschreiben, deren Inhalt sie nicht lesen konnten. Die Vertreter der BDP hätten schließlich ihre Entlassung erreicht.



Rehsan Atalay, IHD Diyarbakir

Muharrem Erbey, der Leiter des IHD Diyarbakir, ist weiterhin in Haft zusammen mit Emrullah Cin, dem ehemaligen Bürgermeister von Viransehir und insgesamt 104 weiteren Gefangenen unter demselben Aktenzeichen im KCK-Prozess. Unser Gesuch, Herrn Cin im Gefängnis zu besuchen, ist abgelehnt worden. In den 90er Jahren waren es extralegale Hinrichtungen und Verschwinden lassen, jetzt haben sie mit Rufschädigung und Haft zu tun.

Im Fortschrittsbericht des Europaparlaments sind einige Punkte aufgeführt, die der IHD eingebracht hat. Das stört die Erdogan-Regierung natürlich und sie versucht, den Eindruck zu erwecken, dass der IHD unter dem Einfluss der KCK steht. Der Prozess geht nicht voran, weil die Angeklagten darauf bestehen, sich auf Kurdisch zu verteidigen.

Nach den internationalen Protesten des vergangenen Jahres sind viele der inhaftierten Kinder entlassen worden. Es gab einige Gesetzesänderungen, die aber nicht ausreichen. Die Kinder werden weiterhin vor das Gericht für schwere Straftaten gestellt, nicht vor spezielle Jugendgerichte. Es gibt keine psychologische Begleitung. Die Kinder sind in diesem Krieg geboren. Sie kennen nicht anderes als Gewalt. Sie kommen häufig aus den vertriebenen Familien. Die zivilen Gruppen können sich nicht ausreichend um die Kinder kümmern.



Nilgün und Nülifer, KAMER Diyarbakir

Ein Besuch bei alten Bekannten. Hier wird die KAMER-Arbeit koordiniert und die internationale Vernetzung. Ziel ist, dass die einzelnen KAMER-Büros autark sind und trotzdem gemeinsame Projekte gemacht werden.

s. nachfolgenden Bericht von Theresa Bauer und Jana Simon

KaMer –Kadin Merkezi (Frauenzentrum)

„Kadin Haklari Insan Haklaridir“ – Frauenrechte sind Menschenrechte

Theresa Bauer, Jana Simon

Diese 1997 von Nebahat Koc in Diyarbakir gegründete NGO ist seit 2007 in 23 Bezirken in Südost- und Ostanatolien vertreten.

Wie jedes Jahr beeindruckten uns das Engagement, die kontinuierlichen Fortschritte und einzigartigen Projekte der Organisation und die starken Frauen, die hinter KaMer stehen. Wir besuchten KaMer in Kars, Van, Hakkari und Diyarbakir. Während wir auf der diesjährigen Reise insgesamt oft das Gefühl der Stagnation und Resignation verspürten, war dies bei KaMer weniger deutlich bemerkbar.

Vielleicht gelingt es KaMer aufgrund ihrer multiethnischen gesellschaftspolitischen Arbeit und weniger bedrohlich empfundenen Außenwirkung einer Frauenorganisation, für sich Rechte durchzusetzen, die für politischere Gruppierungen oder den Menschenrechtsverein IHD undenkbar wären. So ist es KaMer nach mehreren Anträgen gelungen, in die Menschenrechtskommission der Provinz Diyarbakir einzutreten. Damit ist es ihnen möglich, auch unangemeldet Flüchtlingsheime und Gefängnisse aufzusuchen und Berichte zu verfassen. Im Falle eines Heimes für Flüchtlinge u.a. aus Afghanistan mit unmittelbarem Erfolg: 15 Tage nach Erstellen des Berichtes fanden sie das Heim in einem besseren sanitärem Zustand vor. Berichte von KaMer sind insgesamt bedeutsam, da sie international anerkannt sind und ernst genommen werden. Sie stellen ein handfestes Druckmittel gegen die Regierung dar. KaMer verfügt über Kontakte zu europäischen Frauenlobbyisten. Manchmal werden KaMer-Mitarbeiter zu Vorträgen eingeladen und es konnten bereits zwei Schulungen für kurdisch-türkische Migrantinnen in den Niederlanden durchgeführt werden.

Finanziell wird KaMer noch auf weitere drei Jahre vom schwedischen Entwicklungsministerium unterstützt, außerdem u.a. von der öffentlichen Gesellschaft und der Heinrich-Böll-Stiftung. Das aktuelle Projekt in Kars wird von der UN getragen. Man könne sich auch bei staatlichen Stellen mit Projektplänen bewerben. Langfristiges Ziel von KaMer ist jedoch die finanzielle Autarkie. Derzeit arbeiten 50 Frauen halb ehrenamtlich, halb entgeltlich für KaMer, wobei es pro Zentrum eine Doppelspitze gibt. Frauen, die im Rahmen der Projekte u.a. Pluderhosen, Taschen, Schmuck, Filzarbeiten etc. herstellen werden vollentgeltlich vergütet.

Bereits letztes Jahr berichtete uns KaMer über ein überregionales Projekt. Dieses Jahr hielten wir nunmehr den fertigen Projektbericht von „Engeller kalkiyor“ („Die Behinderten erheben sich“) in den Händen. Vom 1. Juni 2009 bis zum 30. September 2010 wurde in 5 Regierungsbezirken (Diyarbakir, Hakkari, Van, Tunceli, Urfa) eine Erhebung vor allem in Vierteln mit einem hohen Anteil an Binnenflüchtlingen durchgeführt. Hierfür wurden „face-to-face“-Hausbesuche durchgeführt. Beim ersten Besuch wurden über 15.000 Haushalte aufgesucht, auf Zeichen der Gewalt geachtet, der Bildungs- und Alphabetisierungsgrad sowie die Zahl der Behinderten bzw. Pflegebedürftigen im jeweiligen Haushalt erfasst. Nach dem größten Problem gefragt, wurde von den Frauen am häufigsten Arbeitslosigkeit und Armut angegeben. In über 7 % der Haushalte wurde mindestens ein behinderter Mensch registriert.

Einige Ergebnisse der Interviews:

- 44 % der Frauen waren Analphabeten; 90 % arbeiteten nicht
- 46 % der Frauen wurden in einem Alter < 18 Jahre verheiratet

- 67 % wurden an eine ihnen vorher nicht bekannte Person verheiratet, davon 8 % als Zwangsheirat
- 49 % der Frauen waren Flüchtlinge, zu 44 % aus Gründen der Sicherheit

Beim 2. Besuch wurden 1.430 Haushalte mit behinderten/ pflegebedürftigen Menschen aufgesucht und u.a. hinsichtlich der Art der Behinderung, der Versorgung mit Sehhilfen, Prothesen etc., Sozialhilfe, Art der Hilfsbedürftigkeit befragt. In jedem Falle – unabhängig vom Grad der Verwandtschaft – waren immer Frauen die Helferinnen bzw. Pflegerinnen. 2000 Betroffene konnten an Veranstaltungen teilnehmen, in denen sie über die Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Hilfsleistungen, ihre Rechte, Mitgliedschaft in Behindertenvereinen etc. aufgeklärt wurden.

Einige Ergebnisse zur Situation der behinderten Menschen:- ca. 50 % waren körperlich, 42 % geistig behindert; ca. 22 % hör-/sprachbehindert und knapp 10 % sehbehindert- 45 % hatten nie eine Schule besucht bzw. knapp 53 % der weiblichen Behinderten- 43 % der Behinderten waren Frauen, davon 75 % ledig- 25 % der verheirateten Frauen waren in einem Alter < 18 Jahre verheiratet worden- 49 % erhielten keine Sozialhilfe- knapp 80 % waren auf Pflege angewiesen- ca. 78 % der Behinderten fühlten sich nicht fähig, alleine auf die Straße zu gehen, dies zumeist aufgrund von schlechter Behandlung durch Mitbürger, zu hohen Bordsteinkanten und ungeeigneten Hausein-/ausgängen- von den 43 % der Behinderten, die nicht laufen konnten, verfügten lediglich 21 % über einen Rollstuhl - 10 % der körperlich behinderten Menschen fehlten Gliedmaßen wie Finger, Hand, Arm oder Bein; lediglich 41 % der Bedürftigen verfügten über Prothesen

Was passiert mit den Daten? Die Ergebnisse von diesen Studien verlaufen nicht im Sande. Neben einer guten Darstellung der Situation, sind sie eine wichtige Grundlage für Vereine oder das Sozialamt, dort werde bereits mit den Daten gearbeitet. Zudem verwendet KaMer diese Ergebnisse um etwa den Alphabetisierungsbedarf zu bestimmen um dann entsprechende Kurse zu initiieren. Die „face-to-face“-Befragungen sollen auch nach Beendigung des Projektes „Engeller kalkiyor“ auf andere Distrikte ausgeweitet und fortgesetzt werden, da man auf diese Weise wesentlich mehr Frauen erfassen könne.

Der Anteil der Stadtteilarbeit habe in letzter Zeit zugenommen. Den Frauen sei KaMer zunehmend bekannt, sie fassen immer mehr Vertrauen und wissen um die Unabhängigkeit der Organisation. Es finden wöchentlich Schulungen und Treffen an leicht zugänglichen Orten zu verschiedenen Themen statt. Nach Bedarf wird hierbei über Gewalt in den Familien und gegen Frauen, gesellschaftliche Rollenbilder von Frauen und Männern, das tabuisierte Thema der Sexualität, Ausgrenzung, Menschenrechte, Ausbildung von Mädchen informiert und diskutiert. Wichtig ist hierbei, den Frauen zu vermitteln, dass es nicht um die Frage gehe „Was denken die Nachbarn?“, sondern um die Frage: „Was fühlst du?“

Erfreut berichtet Berna Karaca, dass sie in Kars, wo KaMer sehr bekannt ist, bereits ein größeres Selbstbewusstsein der Frauen bemerkt habe. Inzwischen wird KaMer auch von öffentlichen Stellen mehr Vertrauen entgegengebracht, so dass die Treffen auch in Schulen und anderen öffentlichen Räumen stattfinden können.

Die Umsetzung des Wunsches nach Scheidung ist nach wie vor problematisch. KaMer hilft in der 1. Phase bei der Entscheidungsfindung, klärt über die Rechte der Frau auf und die Möglichkeit, einen Anwalt in Anspruch zu nehmen. In der zweiten Phase nach Entscheidungsfindung wird dann konkret überlegt, wie sich die Frau selbst versorgen kann und somit wirtschaftlich unabhängig von ihrem Mann wird. Um diese privilegierte Situation zu

erreichen, müssen die Frauen z.B. an einem berufsbildenden Projekt teilnehmen oder eine Arbeitsstelle finden.

Wie schwierig dies ist, wurde uns vor allem in Hakkari bewusst. Mit einer Arbeitslosigkeit von über 80 % ohne jegliche Industrie gibt es hier keinen Arbeitsmarkt für Frauen. Die Mitarbeiterin Zozan, welche uns bereits im letzten Jahr mit ihrer Geschichte und Ausstrahlung berührte, war selbst die erste Frau, die sich in der Region scheiden ließ. Inzwischen hätten sich mehr Frauen zu einer Scheidung entschlossen. Der Großteil der Frauen wagt jedoch diesen Schritt aus den unterschiedlichsten Gründen nicht. So verbleiben die Kinder nach einer Scheidung in der Regel beim Mann. Mit der Hilfe von KaMer sei es gelungen für 3 Frauen eine staatliche finanzielle Unterstützung zu erhalten, welche wenigstens die Miete abdecke. Falls die Scheidung nicht möglich ist, gibt es diese Option jedoch nicht. Die Betroffenen müssen sich dann rein aus Spenden finanzieren, wie z.B. im Falle einer Frau, deren Mann woanders arbeite, keinerlei Geld schicke und die ihr krankes Kind und sich selbst versorgen müsse. Außerdem sei eine Scheidung rechtlich erst ab 18 Jahren möglich, obwohl laut Projektbericht 46 % der Frauen in Brennpunktgebieten bereits im Alter unter 18 Jahren verheiratet werden.

Manchmal fragten wir uns, ob eine wirkliche Veränderung in der Gesellschaft denn möglich ist, wenn nur Frauen hinsichtlich ihrer Rechte als Frau, ihrer Selbstständigkeit, ihres Selbstbewusstseins und ihres Rollenverständnisses geschult werden. Würde dies nicht bedeuten, sich lediglich den herrschenden Gegebenheiten besser anzupassen? Aber KaMer ist auch hier Vorreiter. Das jüngste Projekt von KaMer in Diyarbakir ist die Schulung und Aufklärung von Männern. Es wurden bereits 60 Männer in diese Schulungen einbezogen, in denen sie über ähnliche Themen wie auch die Frauen bei ihren Treffen sprechen. Bisher wurden vor allem Ehemänner, Brüder und Bekannte von KaMer-Mitarbeitern rekrutiert und die Akzeptanz ist noch gering. Aber die Frauen sind optimistisch, denn es habe sich bereits eine Kerngruppe gebildet, die bereit sei, die Arbeit von KaMer fortzusetzen, weitere Männer zu schulen. Es scheint, als wenn die Frauen von KaMer damit begonnen haben endlich auch den männlichen Teil der Gesellschaft mit ihrer Arbeit erreichen zu können.

Denn nur durch Einbeziehung aller Mitglieder einer Gesellschaft lassen sich traditionelle Geschlechterrollen analysieren, kritisch hinterfragen und langfristig auch verändern.

22. März 2011

Die Reise nach Silopi an die Syrische Grenze

Bericht von Mehmet Desde

Der Übersetzer der Gruppe Mehmet B. und Gisela Penteker hatten sich an dem Tag dazu entschieden eine Familie, die aus Deutschland nach Silopi abgeschoben wurde zu besuchen. Der Rest der Gruppe hatte sich entschlossen, die beiden zu begleiten- insbesondere um die Grenztore von Habur (Grenztor zu Syrien) zu sehen. Ein Bus wurde für den Tag ab 9:00 Uhr organisiert und wir machten uns auf den Weg. Wir fuhren über Idil und Cizre und kamen in Silopi an. Auf dem Weg dahin fuhren wir an vielen Dörfern, die aufgrund der staatlichen Gewalt das Dorfschützersystem übernommen haben, vorbei. Entlang der Strasse haben wir Soldaten, die das Gelände durchforstet haben, sowie Stützpunkte insbesondere von Dorfschützern beobachten können. In Cizre gingen die Bauarbeiten für die Erstellung des

Flughafens weiter. Es wird behauptet, dass dies ein Flughafen für die Zivilbevölkerung sein soll. Wir konnten die auffallende Naturschönheit der Cudi und Gabar Gebirge sehen. Ich konnte mich davon nicht abhalten an die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den PKK-KämpferInnen und der türkischen Armee in diesen Bergen denken. Wer weiß wie vielen militärische Auseinandersetzungen diese Naturschönheiten erleben mussten?

In Silopi trennten sich Mehmet und Gisela von uns. Sie wollten eine Familie in der „Cudi“ Straße besuchen. Der Rest der Gruppe wollte die Stadt Silopi besichtigen und im Anschluss in einem Teehaus auf Mehmet und Gisela warten. Christa wollte ihre Postkarten bei der Post abgeben - dies erledigten wir. Während wir Ausschau nach einem Cafe hielten, sind uns die Friedenszelte der BDP aufgefallen. Wir sind in Richtung der Zelte gelaufen. Eine Frau trat aus dem Zelt heraus. Sie sprach auf deutsch und erzählte uns, dass sie ihr Studium in Deutschland absolviert habe. Sie lud uns in das Friedenszelt ein. Wir lehnten die Einladung dankend ab und sagten ihr, dass wir eventuell später, wenn Gisela und Mehmet dazu kämen, ihre Einladung annehmen würden. Wir liefen die Hauptstraße entlang und entschieden uns dazu uns vor eine Pastane (Bäckerei) zu setzen. Während wir unseren Tee tranken und in ein tiefes Gespräch vertieft waren, traten auf einmal vier Zivilpolizisten an den Tisch. Der eine zeigte mir seinen Dienstaussweis und bat mich, mit ihm in den Verkaufsraum der Pastane zu gehen. Er betonte, dass die Anderen in der Gruppe nicht gestört werden sollten, sie könnten weiterhin ihren Tee draußen trinken. Ich übersetzte das Anliegen und Theresa, Vera und Jana entschieden sich gleich dazu, mit reingehen zu wollen. Sie wollten mich nicht alleine lassen. Der Zivilpolizist beharrte darauf, dass die Anderen nicht mitkommen müssten aber die drei Frauen ließen sich davon nicht abhalten. Ich fragte die Polizisten nach ihrem Anliegen. Sie sagten, dass sie einen Anruf von dem Polizeipräsidium erhalten hatten und ihnen mitgeteilt wurde, dass Ausländer bzw. Touristen sich in der Stadt aufhalten würden. Dies sei nichts Alltägliches für diese Stadt. Es gebe für uns keinen Grund zur Beunruhigung. Sie wollten lediglich unsere Ausweise sehen und uns ein paar Fragen stellen. Er fragte mich woher wir kommen, wohin unsere Reise weitergehen würde und wie lange wir bleiben würden. Ich antwortete, dass wir aus Midyat kämen, eine Reisegruppe sein und nachdem wir die Grenzstation nach Syrien (Habur) besichtigt haben wieder zurück kehren würden. Unsere Daten aus den Reisepässen wurden von einem anderen Polizisten in der Zeit aufgenommen und an die Zentrale weitergeleitet. Ich habe gehört wie sie auch mitteilten, dass ich als ein Angehöriger der Bolschewistischen Partei Nordkurdistans dabei sei. Danach verabschiedeten sie sich von uns. Rückblickend denke ich, dass Silopi eine Grenzstadt mit einer großen PKK-Anhängerschaft ist. Insofern ist es nicht verwunderlich, dass der Geheimdienst und die Polizei ein gut funktionierendes Netz haben. Wahrscheinlich haben sie beobachtet, dass wir mit der Frau vor dem Friedenszelt gesprochen haben und wollten daraufhin unsere Personalien aufnehmen. Es ist aber auch denkbar, dass ihre Aussage, dass sie einen Anruf von dem Polizeipräsidium erhalten haben stimmt.

Nachdem Mehmet und Gisela wieder zu uns gestoßen sind, haben wir uns auf dem Weg zur Grenzstation gemacht. Diese ist etwa 11 Kilometer von Silopi entfernt. Während wir zur Grenze fahren konnten wir einen Konvoi der Laster beobachten. Wir standen nun direkt an dem Grenzübergang. Auf der anderen Seite war Zaho zu sehen. Einige Delegationsteilnehmerinnen wollten fotografieren - wurden jedoch von der Polizei darauf aufmerksam gemacht, dass dies nicht erlaubt sei.

Während unserer Rückfahrt nach Midyat wurden wir an einer Militärstation angehalten. Der Oberoffizier riss die Tür des Busses auf und fragte unseren Fahrer: „Beförderst Du Reisende?“ Unser Fahrer antwortete mit: „Nein, ich führe Touristen aus.“

In Midyat angekommen stand das Treffen in der BDP Bezirkszentrale auf der Tagesordnung.

Teilnahme an Newroz in Amed / Diyarbakir am 20.03.2011

Döne Gündüz

Vorbereitend auf die Newrozfeier am 20.03.2011 in Amed/Diyarbakir haben wir am 19.03.2011 an der Newrozauffahrtveranstaltung (Abendessen in einem Restaurant in Diyarbakir) der BDP (Partei für Frieden und Demokratie) teilgenommen.

GastgeberInnen des Abends waren die Parteivorsitzenden der BDP Ahmet Türk, Aysel Tugluk, Selahattin Demirtas und der Oberbürgermeister der Stadt Diyarbakir Osman Baydemir. Anwesend waren auch viele Menschenrechtsaktivisten wie Akin Birdal und Abgeordnete, Journalisten, Künstler und Schriftsteller sowie verschiedene Delegationsgruppen aus Europa.

Die Begrüßungsansprache wurde von Herrn Ahmet Türk (einer der Vorsitzenden der BDP) gehalten. Herr Türk begann seine Rede damit, dass er zum Newrozfest gratulierte und nochmals die Richtpfeiler der Politik der BDP (DTP), nämlich eine Politik, die an der Mehrkulturalität und Vielfältigkeit des Landes orientiert ist, betonte. Ein weiterer Punkt seiner Ansprache war, dass sie als Vertreter des Volkes an dem Fest des Widerstands zum wiederholten Mal die demokratischen, legitimen Forderungen und Rechte des kurdischen Volkes zur Sprache bringen und einfordern werden. Ebenso, dass sie das Newrozfeuer als Symbol der Freiheit in Diyarbakir - dem Herzen der Kurden - anzünden werden. Nach dieser kurzen Ansprache wurde zu einem gemütlichen Abendessen übergegangen und nach dem Abendessen löste sich die Veranstaltung auf.

Am nächsten Morgen d.h. am 20.03.2011 wurden wir gegen 10:00 Uhr von einem BDP-Bus vor unserem Hotel abgeholt. Der Bus fuhr uns zum Newrozpark, an dem das große Fest stattfinden sollte. Unterwegs konnten wir beobachten wie die Menschen/BewohnerInnen dieser historischen Stadt, bzw. der heimlichen Hauptstadt, sich in großen Mengen in Bussen, auf Lastwagen oder zu Fuß in Richtung des Festplatzes bewegten. Unterwegs nahmen wir weitere Menschen mit. Die ganze Stadt war mit Plakaten und Postern, die zum Newrozfest einluden, geschmückt. Neben dem Aufruf gaben die Plakate auch Auskunft über das diesjährige Newroz-Motto und die Forderungen der BDP. Forderungen, die sehr häufig zu lesen waren: „Entweder Freiheit oder Freiheit“, „Für ein Leben mit Würde entweder Freiheit oder Freiheit!“

Für uns als langjährige BeobachterInnen war wahrzunehmen, dass die fortwährende Forderung der Kurden nach Frieden und Dialog zur Lösung der Kurdischen Frage, die bis heute von der türkischen Seite unbeantwortet geblieben ist, nun an einem Wendepunkt steht. Die Forderung nach der Freiheit und der Unabhängigkeit in Form einer demokratischen Föderation ist die Reaktion auf die Zurückweisung des Friedens- und Dialogangebots der kurdischen Seite.

Auf dem Newrozplatz angekommen, begrüßte uns wie die Jahre zuvor ein überwältigendes Bild von tausenden von Menschen. Insbesondere stachen wie immer die tanzenden Frauen jeden Alters in ihren glitzernden traditionellen Kleidern ins Auge. Entgegen den Jahren zuvor war auf der Bühne eine sehr aufgeheizte Stimmung. Neben den Bildern der kurdischen Märtyrer wurden auf der großen Leinwand Videoaufnahme der Guerilla Kämpferinnen und ein älterer Redebeitrag von Abdullah Öcalan gezeigt.

Ahmet Türk (Vorsitzender der BDP) richtete seine Rede an den Ministerpräsidenten Erdogan und machte ihn darauf aufmerksam, dass er seine Kommentare bezüglich der Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten im Hinblick auf die Politik der AKP gegenüber den Kurden bzw. der kurdischen Frage erneut betrachten sollte. Auch die Regierungen in der Türkei hören seit Jahrzehnten den Wunsch der Kurden nach Anerkennung und Demokratie nicht. Türk betonte, dass die kurdische Frage nun an einem Wendepunkt stehe. Die Kurden seien nach wie vor bereit an dem Wunsch/dem Ziel einer friedlichen Lösung zu arbeiten. Die VertreterInnen der Regierung in Ankara sollen diesen Wunsch sehen, hören und diese Chance für die Demokratisierung der Türkei nicht verpassen.

Auf die Rede von Ahmet Türk folgte die Rede des Oberbürgermeisters Osman Baydemir in der er nochmals die Bedeutung des Newrozfestes betonte und das Fest des Widerstandes als den Lösungsweg für eine demokratische Föderation sieht. Ebenso, dass das Volk entschlossen darin sei mit den eigenen Farben, der eigenen Sprache und der eigenen Identität zu leben und dass die Freiheit von Abdullah Öcalan die Freiheit des kurdischen Volkes bedeuten wird. Dass wiederum die Freiheit des kurdischen Volkes die Freiheit der arabischen, persischen und türkischen Völker mit sich bringen wird.

Während der Reden und der musikalischen Beiträge wurden kleine Handzettel mit dem Aufruf an der anschließenden Demo: „Entweder Frieden oder Frieden“ zu den von der BDP (Friedens- und Demokratierpartei) initiierten großen Zelten, in denen Perspektiven für eine politische Lösung der kurdischen Frage diskutiert werden sollen, zu laufen.

Forderungen, für die demonstriert werden sollten waren:

- das Recht auf die Erziehung und Bildung in der Muttersprache
- die Freilassung aller politischen Inhaftierten
- die Abschaffung der 10% Hürde bei den Wahlen
- für ein freies Kurdistan und eine demokratische Republik.

Wir waren ebenso wie der Großteil der Anwesenden über das abrupte Ende des Festes überrascht und auch ein bisschen enttäuscht. Wir beobachteten noch lange auf dem Platz die verwirrten Gesichter der Menschen und wie sie sich nach und nach auf dem Weg machten. Während unserer Rückreise mit einem der öffentlichen Busse zu unserem Hotel, sind wir an dem Park, in dem die Zelte aufgebaut waren, vorbeigefahren. Wir konnten sowohl die große Menge der Demonstranten als auch die Polizei und ihre Wasserwerfer beobachten.

Im Hotel angekommen erfuhren wir über den Regionalsender im Fernsehen, dass es bereits gegen 15.00 Uhr zu massiven Ausschreitungen zwischen den Demonstranten und der Polizei gekommen sei. Ebenso erfuhren wir, dass diese Demonstrationen ein landesweiter Beschluss der BDP seien um gegen die politischen und rechtlichen Sanktionen gegenüber den Kurden und ihren politischen Organisationen zu demonstrieren. Landesweit kam es zu schweren Ausschreitungen, da die Sicherheitskräfte in manchen Städten das Durchführen der Demonstrationen verhindern wollten.

Für uns war es, entgegen der letzten Jahre ein trauriges Newrozfest. Traurig deshalb, weil wieder Kinder, Mütter, Väter, Frauen und Männer für ihre menschlichsten, natürlichsten Rechte Gewalt erfahren haben und die Straßen wie in der Vergangenheit Schauplätze der Gewalt wurden. Wiederum ist dieser „Ungehorsam“ auf der kurdischen Seite für uns ein nachvollziehbarer Schritt, der auf eine lange Phase des Wartens und Hoffens auf einen Dialog folgen musste.

Das Gesundheitssystem im Wandel

Friederike Speitling

Wir kommen am 13.3.2011, dem offiziellen ÄRZTETAG in Istanbul an.. Wir wollen uns mit Berivan in ihrer Stadtteil-Praxis, im sogenannten Familienzentrum treffen. Berivan arbeitete vorher in der Notaufnahme des staatlichen Krankenhauses Diyarbakir. Sie hatte sich geweigert, falsche Gesundheitszeugnisse für Gefangene auszustellen.

An diesem Ärztetag wurde von der Ärztekammer und der Gesundheitsgewerkschaft zur Protestdemo nach Ankara aufgerufen. Im Zuge der Privatisierung des Gesundheitssystems verlieren die Ärzte ihren Beamtenstatus. Zwar sind sie angestellt mit Pflichten und Regreßbedrohung, andererseits zahlen die Ärzte das Gehalt der HelferIn, Miete und Nebenkosten.

Berivans Praxis liegt im Mustafa Kemal Viertel (nach dem großen Aufstand vom 1.5.70 nennen die Bewohner das Viertel stolz 1.Mai).Hier sind fast alle Menschen krankenversichert und leben in Solidarität: Sunniten, Aleviten, Kurden, Migranten und Linke. Roma und Sinti stehen als Müllsammler am unteren Ende der Skala. Viele Bewohner sind politisch organisiert und die Polizei traute sich zeitweise nur mit gepanzerten Fahrzeugen ins Viertel.

Berivan arbeitet mit drei anderen Familien-Ärztinnen im „Familienzentrum“. Sie selbst ist für 4.000 Menschen verantwortlich. Schulungen, Schwangerenvorsorge, -betreuung und -nachsorge. Kindervorsorge mit Impfungen im ersten Lebensjahr. Nebenbei soll sie Hausbesuche leisten, was aber praktisch und zeitlich nicht möglich ist. Es besteht eine äußerst unbefriedigende drei-Minuten-Medizin mit Zwang zur elektronischen Dokumentation. Berivan bekommt 6.800 Lira ca. 3.300 € pro Monat, wovon ca. 4.000 Lira für sie bleiben. Patienten zahlen in ihrer Praxis nicht. Sie zahlen aber 20% des Medikamentenpreises bei Verordnungen. Ein Facharztbesuch kostet acht Lira.

Berivan wird kündigen, weil sie die Arbeitsbedingungen unerträglich findet. Sie sucht eine Stelle als Betriebsmedizinerin.

In Van wird das Familienarztsystem gerade eingeführt. Die Gesundheitszentren werden geschlossen. Ka-mer hatte guten Kontakt zu den Zentren und führte dort in Kooperation medizinische Bildungsprogramme: Hygiene, Verhütung, Brustkrebs etc. durch. Dorthin waren die Frauen auch gerne gegangen. Die neuen Praxen sind halb privatisiert.

Kranke Gefangene

Die Beurteilung der Haftfähigkeit der Gefangenen ist weltweit ein ungelöstes Problem. In der Türkei hat sich die Ärztekammer dieses Thema zur Aufgabe gemacht. Die Ärztekammer fordert ärztliche Ethik ein, wenn Gefangene untersucht werden. Es gibt Fortbildungen zur

Erkennung von Folterspuren und es besteht die Forderung nach unabhängigen Ärzten. Kurden wurden häufig von untersuchenden Ärzten diskriminiert. Es gab den Fall eines Ex-PKK-Gefangenen. Wegen Lähmungen konnte er nicht mehr alleine die Toilette besuchen und wurde deswegen ins staatliche Krankenhaus verlegt. Die aufnehmende Ärztin sagte: „Du dreckiger Terrorist!“ Woraufhin er sich nicht von ihr behandeln lassen wollte. Jetzt sitzt er immer noch im Gefängnis und es besteht keine Chance ihn herauszuholen. Das hat uns Sami Görendag in Van erzählt, er ist Journalist der Zeitung „Schwarzer Rabe“.

In D.bakir treffen wir die Diplomspsychologin und Traumatherapeutin Rahime Hacıoglu. Sie ist eine der drei Psychotherapeuten im staatlichen Krankenhaus. Im Rahmen des Umbaus des Gesundheitswesens sind in D.bakir drei Krankenhäuser zusammengelegt und als Neubau 15 Kilometer vor der Stadt errichtet worden. Es gibt jetzt 1.500 Krankenhausbetten für vier Millionen Menschen. Zwei Ärzte teilen sich die Notaufnahme. Der Notdienst in der staatlichen Klinik dauert 24 Stunden. Rahime hofft dass keiner krank wird.

Alle Krankenhäuser sind schlecht, die staatlichen, aber auch die privaten. Im privaten Veni Vidi Hastanesi-Krankenhaus werden auch Herzoperationen durchgeführt.

Im Moment zieht das Hausarztmodell, welches in Istanbul schon fortgeschritten ist, in D.bakir ein. Die Fixkosten (Schwesterngehalt, Verbrauch, Miete und Nebenkosten) werden auf den Einzelarzt abgewälzt. Der Arzt erhält circa 10.000 Lira wovon ihm nach Abzügen circa 6.800 Lira bleiben. Dafür muss der Arzt 4.000 Patienten im Viertel behandeln und Sorge für die Neugeborenen bis zum ersten Lebensjahr leisten. Er steht im Regress, wenn er z.B. die Impfleistung nicht erfüllt. Es gab Masernfälle bei Kindern in Istanbul. Die ehemals staatsbediensteten Ärzte sind jetzt Subunternehmer. Dennoch sind sie weiter Befehlsempfänger und Regressbedroht. Die Vorsitzende der Gesundheitsgewerkschaft SES in D.bakir berichtet über die Einführung des Hausarztmodells. Die Einzelärzte machen einen Vertrag mit dem Gesundheitsministerium und verpflichten sich, 3.500-4.000 registrierte Personen zu versorgen. Nicht alle Menschen im Viertel sind registriert, z.B. viele Kinder nicht. Es besteht digitale Dokumentationspflicht, jedoch können dadurch auch nicht erbrachte Leistungen abgerechnet werden, so dass Betrug Tür und Tor geöffnet sind.

Die Gewerkschaft fürchtet außerdem, dass die Ärzte ihr Gehalt mit Hilfe der Pharmaindustrie mittels unrechter Kooperation aufzubessern versuchen könnten.

Völlig unklar ist z.Z. wie die Einweisung ins Krankenhaus oder die Überweisung an Fachärzte erfolgen soll. Obwohl 414 Ärzte im Hausarztmodell sind, gibt es für sie in D.bakir keinen Ansprechpartner. Diese Ärzte bleiben zum Teil weiter in SES organisiert, wobei die Regierung versucht, medizinisches Personal in regierungstreue Gewerkschaften abzuwerben. Dann hätte die SES (Dachverband KESK) weniger Einfluss in den Gremien.

KESK fordert einen demokratischen Gesellschaftsprozess und spricht sich deutlich gegen Privatisierung aus. Die SES fordert eine allgemeine Krankenversicherung (Bürgerversicherung).

Im Augenblick sind alle unzufrieden, Patienten, Helferinnen mit Tariflohn und Ärzte, weil zu wenig Geld im System ist. Helferinnen „flüchten“ aus der Praxis. Zum Erhalt der Versorgung stellt der Staat in dem Fall eine bezahlte Ersatzkraft für drei Monate ein.

Die Grundkonstruktion der Gesundheitsversorgung sei verkehrt, sagen die Gewerkschafter.

Reformen des Gesundheits- und Sozialsystems: Theorie und Praxis

Steffi Kern

1.) Soziodemografische Daten (Stand 10/08):

- 70 Mio. Einwohner
 - Gesundheitsausgaben 5% des BIPs (BRD 10%)
 - 29,8% der Türken sind jünger als 15 Jahre, 5,4% sind älter als 65 Jahre
 - 18849 der Menschen leben in Altersheimen (2006)
 - 6.9% der Kinder unter 6 Jahren besuchen Kindergärten, Vorschulen oder Krippen
- Familie ist bisher der wichtigste und oft einzige Akteur der Wohlfahrtssicherung, insbesondere für die Versorgung Pflegebedürftiger, Kinder und von Menschen mit Behinderung**

2.) Aktuelle sozioökonomische Entwicklungen und Gegebenheiten:

- Demographischer Wandel (Zunahme Lebenserwartung, Abnahme Geburtenrate)
- Rapide Urbanisierung (verstärkt durch Erdbeben Marmararegion, Finanzkrisen)
- Transformation der Arbeitsmarktstruktur
 - Beschäftigte im Agrarsektor 1980: 50% 2004: 35%
 - Großer Anteil Beschäftigter in nicht-sozialversicherungspflichtigen Jobs d.h. „informell Beschäftigte“, Gesamtanteil von 46,8%, im landwirtschaftlichen Bereich bis zu 80%.
 - 50% der türkischen Arbeitnehmer zahlen also nicht ins Sozialversicherungssystem ein
- Türkisches Sozialsystem schützte bisher nur bestimmte Bevölkerungs- und Berufsgruppen, insbesondere Beamte

Fazit: Demografischer Wandel und Urbanisierung stellen das bisherige Sicherungssystem durch die Familie zunehmend in Frage.

3.) Kernproblem des türkischen Sozialsystems:

a) Mangelnde Abdeckung der Bevölkerung

- Staatl. Gesundheitssystem deckt 84.5% der Bevölkerung ab (laut Weltbank nur 64%) (OECD 3. letzte Stelle nach Mexiko und USA)
 - türkische Bevölkerung muss Kosten für Medikamente und medizinische Behandlung zum großen Teil selbst tragen
 - 27,6% der Gesamtkosten des Gesundheitssystems sind „out-of-pocket-payments“, d.h. müssen von den Patienten vor Ort selbst getragen werden
 - 68% der Menschen in extremer Armut haben keine Krankenversicherung (trotz Yesil-Kart, s.u.), Folge unter anderem hohe Säuglingssterblichkeit (22 Neugeborene und 70 Mütter sterben pro 1000 Geburten (Weltbank 2003).

b) Hohe Verschuldung der Sozialversicherungsträger

- Folge hoher Zahl Beschäftigter im informalen Sektor, hoher Anteil passiv (6,6 Millionen) und abhängig Versicherter (43 Millionen)
- Folge Frühverrentungspolitik frühe 90er, Ziel Arbeitslosenzahlen zu reduzieren, (2006: mittleres Renteneintrittsalter der Frauen 44 Jahre, der Männer 47 Jahre)

c) Ungleichheit der Sozialleistungen

- Beamte deutlich besser gestellt (niedrige Beiträge bei höheren Pensionsleistungen, bessere Gesundheitsversorgung, keine Zuzahlung zu med. Behandlungen)

d) Mangelnde Verknüpfung sozialer Rechte mit Staatsbürgerstatus

- Nur Leistungen im Rahmen des Sozialversicherungssystems sind an Rechtsanspruch gekoppelt.
- Bsp. Yesil-Kart: fehlende offiz. Informationen über Einkommensverhältnisse, daher subjektive Einschätzung d. Gemeindevorstehers, Willkür u. Missbrauch
- Stadtverwaltung u. Gemeinden haben wichtigen Anteil an sozialer Sicherung vor allem der urbanen Bevölkerung
jedoch: keine rechtliche Grundlage, kein Rechtsanspruch, Versorgung hängt somit von finanzieller Situation und politischen Mehrheitsverhältnissen ab.

4.) Erläuterungen zur Yesil Kart:

- Kostenfreier Zugang zu staatlichen Krankenhäusern und Universitätskliniken
- Ambulante Behandlungen, Medikamenten, Zahnersatz u. Sehhilfe
- Empfänger: Nicht Versicherte mit Einkommen unterhalb einem Drittel des Mindestlohnes , 2005: 11 Millionen Menschen
- Aufgrund fehlender Daten über Einkommensverhältnisse ist Vergabe von individueller Entscheidung der lokalen Gemeindevorsteher abhängig

5.) Gesundheits- und Sozialreform, verabschiedet im April 2008

(„Gesetz zur Sozial- und Gesundheitsversicherung“)

a) Änderungen der Sozial- und Rentenversicherung:

- 1.) Konsolidierung der 3 Sozialversicherungssysteme, dadurch alle Beschäftigten bei selber Institution
- 2.) Verabschiedete Reform betrifft NICHT die Beamten
- 3.) Erhöhtes Renteneintrittsalter (65 Jahre)
- 4.) Erhöhung der Beitrittstage zur Rentenversicherung (nur für Berufsanfänger), ansonsten Übergangsregelungen
- 5.) Änderungen zur errechneten Rentenhöhe (Kürzungen ab 2018)

b) Geplante Änderungen des Gesundheitssystems:

- 1.) Alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, auch Beamte, sollen zu denselben Konditionen und Leistungen krankenversichert werden.
- 2.) Alle zahlen ein und erhalten (prinzipiell) die gleiche medizin. Grundversorgung.
- 3.) Beiträge für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, deren Einkommen unterhalb eines Drittel des Mindestlohnes liegt, übernimmt der Staat.
- 4.) Perspektivisch: Abschaffen der Grünen Karte
- 5.) Einführung des „Familienarztsystems“
- 6.) Insgesamt: Trend zu Privatisierung und Dezentralisierung sozialer Leistungen

(Quelle: Fokus Türkei, Oktober 2008, „Die türkische Sozialpolitik im Wandel, Herausforderungen und Reformen“, Daniel Grütjen, Referat: Westliche Industrieländer www.fes.de/international, Friedrich Ebert Stiftung)

Die Situation der Kurdischen Sprache in der Türkei ist weiterhin problematisch.

Vera Seidel

Kurdisch, eine indogermanische Sprache, die die Muttersprache von ca. 20 Millionen kurdischen türkischen Staatsbürgern ist, ist in der Türkei als offizielle Amtssprache oder Unterrichtssprache verboten. Darüber hinaus wurde jahrzehntelang versucht, das Kurdische zurück zu drängen. Städte wurden umbenannt, kurdische Namen wurden im Pass verboten, Kindern wurde von ihren Lehrern verboten zuhause mit ihren Eltern kurdisch zu reden ...

Im Zuge sowohl der EU-Beitrittsverhandlungen als auch diplomatischer, friedlicher Versuche der Lösung der "kurdischen Frage", hat sich in der Türkei einiges getan. Im Jahr 2009 kam der Film "Min dît" (deutsch: Ich habe gesehen) in die Kinos. Er erzählt die Geschichte von zwei kurdischen Kindern in Diyarbakır, die zu organisierten Straßenverkäufern werden nachdem ihre Eltern von türkischen Soldaten ermordet wurden. Der Film ist zu 99% auf kurdisch und wurde landesweit mit türkischen Untertiteln gezeigt.

Es gibt einen offiziellen staatlichen Fernsehkanal auf kurdisch: TRT 6. Allerdings sind dort Kinderprogramme auf kurdisch verboten. Manche Gesprächspartner, wie beispielsweise Herr Akbolut von der Menschenrechtsstiftung IHD (İnsan Hakları Derneği) in Hakkari, hält daher diese Entwicklung nicht für positiv. Ganz im Gegenteil wird der Sender von manchen als Propagandainstrument des Staates gesehen. Weitere kurdische Sender werden im Ausland produziert, wie z.B. der Sender RojTV, der seinen Hauptsitz in Schweden hat. Die Produktion im Ausland umgeht die ständige Schließung durch den Staat, wie es türkischen unabhängigen Sendern widerfährt.

Die Situation ist jedoch verworren, d.h. der Gebrauch des Kurdischen ist weiterhin vielfach behindert. In Hakkari, einer Stadt, in der neben Polizei und Militär eigentlich nur Kurden leben, wurde die Stadtverwaltung zweisprachig (türkisch und kurdisch) ausgeschrieben. Dafür wurde der Bürgermeister Herr Dr. Fadıl Bedirhanoglu angeklagt. Der Ausgang der Klage steht noch aus.

Bei einem Gerichtsprozess, bei dem der Angeklagte seine Aussage auf kurdisch begann, wurde die Anhörung abgebrochen, mit der Begründung es sei eine "unbekannte Sprache" gesprochen worden. Dies führte vielfach zu Empörung. Dass eine vom staatlichen Fernsehen verwendete Sprache als "unbekannt" deklariert wird, wird von vielen so interpretiert, dass weiterhin "Kurdisch" als eigenständige Kultur mit eigener Sprache und entsprechenden kulturellen Rechten nicht akzeptiert wird. Genau diese kulturellen Rechte sind jedoch Teil der politischen Forderungen der BDP (Barış ve Demokrasi Partisi).

In vielen Städten konnten wir auf unserer Reise die Forderungen der BDP an den von ihr aufgestellten Lösungszelten lesen. Eine der Forderungen war stets: „Bildung in der Muttersprache.“

Warum ist diese Forderung so zentral: Auf unserer Reise fanden sich verschiedene Gründe. Zum einen verhindert Bildung in der Muttersprache die Benachteiligung von Kindern mit einer Muttersprache, die nicht türkisch ist. Der Bürgermeister von Hakkari, Herr Dr. Fadıl Bedirhanoglu, erzählte uns, dass er, als er eingeschult wurde, kein Wort türkisch sprach. Seine Mitschüler und er brauchten zwei Jahre, bis sie ihren Lehrer verstanden und mit den

eigentlichen Lerninhalten beginnen konnten. „Wer hat das Recht, mir diese zwei Jahre meines Lebens zu nehmen?“, fragte er uns.

Zum anderen stellten wir fest, dass manche Kurden kein kurdisch sprechen. Sie werfen diese Tatsache dem Staat vor, der sie „assimiliert“ habe. So trafen wir uns in einem Stadtviertel in Istanbul mit kurdischen BDP Politikern, die selbst einen Kurdischkurs besuchen. Bei der Gewerkschaft KESK in Diyarbakır haben wir das Gespräch auf türkisch geführt. Die Gesprächspartner können zwar kurdisch für den Alltagsgebrauch sprechen, ihr offizielles, im Bildungssystem gelerntes Vokabular ist jedoch türkisch. Viele werfen dem Staat vor, dass kurdisch zur „Küchensprache“ verfällt weil es nur in den Familien gesprochen wird.

Zusammenfassend ist kurdisch weiterhin im offiziellen staatlichen Rahmen verboten und bislang wird es weiterhin nicht vom Staat versucht die Sprache, die die Muttersprache von ca. 30% der Landesbevölkerung ist, zu pflegen und wertzuschätzen – was für ein kultureller Verlust!

Nachtrag – Aktualisierung – September 2011

Gisela Penteker

Seit unserer Reise im März ist vieles geschehen. Zahlreiche Vertreter ziviler Organisationen aus Europa haben die Parlamentswahlen im Juni beobachtet und Manipulationen und Unregelmäßigkeiten festgestellt. So waren z.B. bewaffnete Sicherheitskräfte in den Wahllokalen zugelassen. Eine offizielle OSZE-Wahlbeobachtung hat m.W. nicht stattgefunden. Die Wahlen haben einen sicheren Sieg für die AKP gebracht, wenn auch nicht die erhoffte absolute Mehrheit. Auch die kurdische BDP hat Stimmen hinzu gewonnen. Ihre wegen der 10% Hürde als unabhängige Kandidaten aufgestellten Vertreter sitzen z.T. noch im Gefängnis und können ihr Mandat nicht wahrnehmen.

Einem – Hatip Dicle aus Diyarbakır – wurde sein Mandat aberkannt und an die AKP gegeben. Die Parlamentarier der BDP haben bisher die Vereidigung abgelehnt. Anfang Oktober ist die parlamentarische Sommerpause vorbei und alle warten gespannt, wie die Regierung mit der Situation umgehen wird.

Inzwischen herrscht wieder Krieg in den kurdischen Bergen und Städten. Die türkische Armee hat mit logistischer Unterstützung der USA grenzüberschreitende Bombardierungen im Irak vorgenommen. Dörfer wurden zerstört und Zivilisten vertrieben. Die PKK hat den seit Jahren einseitigen Waffenstillstand aufgekündigt. PKK-Kämpfer und Soldaten sind gestorben. Täglich werden in den kurdischen Städten BDP-Mitglieder, gewählte Volksvertreter, Menschenrechtler und Gewerkschafter verhaftet, Demonstrationen werden mit brutaler Härte aufgelöst. Statt von einer friedlichen politischen Lösung der Kurdenfrage spricht die Regierung Erdogan jetzt von einer „tamilschen“ Lösung. Sie glaubt offensichtlich immer noch, dass der Konflikt militärisch zu lösen ist.

Die Regierung Erdogan hat die Macht der Militärs wesentlich beschnitten. Im Ergenekonprozess stehen hohe Generäle vor Gericht. Der gesamte Generalstab ist zurück getreten. Der neu ernannte Chef des Generalstabs ist ein Hardliner in der Kurdenfrage und steht im Verdacht, an Kriegsverbrechen – u.a. Giftgaseinsätzen gegen die Kurden – beteiligt gewesen zu sein.

In westlichen Medien findet dieser Krieg nicht statt. Er wird tot geschwiegen. Die Politik der Türkei wird – besonders in Deutschland – weitgehend unterstützt. Die PKK gilt weiterhin als terroristische Organisation und macht diesem Namen durch vereinzelte Anschläge leider auch wieder Ehre. Kurdische Politiker, die sich in Deutschland seit Jahren für die kurdische Sache einsetzen, werden festgenommen unter dem Verdacht der PKK-Zugehörigkeit und nach § 129b verurteilt. Einigen droht die Auslieferung an die Türkei. Kurden aus der Türkei werden in Deutschland als Türken behandelt. Muttersprachlicher Unterricht ist selten. Kurdische Vereine und ihre deutschen Unterstützer versuchen gegenzusteuern Öffentlichkeit herzustellen. Mit der Kampagne „Tatort Kurdistan“ weisen sie auf die deutschen Waffen hin, die in Kurdistan zum Einsatz kommen. In einer weiteren Kampagne fordern sie die Anerkennung der kurdischen Identität in Deutschland.

Im September hatte ich Gelegenheit, an einer internationalen Delegation nach Van und Catak teilzunehmen. Der Freundeskreis Andrea Wolf und die internationale Untersuchungskommission wollten auf Einladung des IHD in Van ein Sammelgrab in Keleh in der Nähe von Catak besuchen, in dem die Leiche von Andrea Wolf und 21 bis 41 weiteren 1998 ermordeten GuerillakämpferInnen vermutet werden. Nach Zeugenaussagen wurden sie nach ihrer Entwaffnung und Gefangennahme grausam gequält und umgebracht.

Es gab die Zusage des Gouverneurs von Van, dass die Delegation nicht behindert werden sollte. Am Tag vor dem geplanten Besuch wurde uns mitgeteilt, dass es in dem Gebiet militärische Operationen gäbe und wir aus Sicherheitsgründen nicht zu dem Sammelgrab fahren könnten. An einem extra für uns wieder eröffneten Militärposten hinter Catak endete unsere Fahrt. Auch diplomatische Bemühungen der Deutschen und der Schweizer Botschaft und der Auswärtigen Ämter konnten daran nichts ändern. Auf dem Rückweg reichte die Delegation Klage beim Staatsanwalt in Catak ein, der versprach, die Unterlagen zu prüfen und auch die durch Zeugenaussagen namentlich bekannten Soldaten zu befragen, die an dem Massaker 1998 beteiligt waren. Wir fuhren dann zu einem Sammelgrab in der Nähe von Görendas, wo sich ein ähnliches Massaker wie in Keleh nur wenige Tage später ereignet hat. Dort hielten wir eine Gedenkfeier ab, bei der Samstagmütter, IHD-Vertreter, Angehörige der Verschwundenen und VertreterInnen des Freundeskreises zu Wort kamen. Eine Grußbotschaft der Mutter von Andrea Wolf wurde verlesen. Sie lebt in Guatemala und konnte aus gesundheitlichen Gründen nicht an der Reise teilnehmen.

Wie schon im März erlebten wir, wie wichtig die Aufklärung der Kriegsverbrechen ist, die Identifizierung der Verschwundenen in den Sammelgräbern und die Anerkennung des Unrechts. Die Familien der Opfer suchen Gewissheit und einen Ort zum Trauern.

Frieden und Versöhnung ist nur möglich, wenn das Unrecht benannt und anerkannt wird. Wer wüsste das besser als wir Deutschen. Und dass es lange, lange dauern kann, haben wir in Chile und Argentinien gesehen. Es braucht Hartnäckigkeit und einen langen Atem.

Den kurdischen Freunden mit ihrem unerschütterlichen Mut hilft unsere Solidarität, vielleicht schützt sie auch ein wenig.

Die Delegation war eine gute Ergänzung unserer Deutschland – Türkei – Kurdistan Arbeit. Und ich hoffe, dass dadurch die Vernetzung und Zusammenarbeit hier und in der in Türkei verbessert werden kann.

Die Kurdenfrage ist keine innere Angelegenheit der Türkei.

Abkürzungen:

AKP Adalet ve Kalkinma Partisi Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung

BDP Baris ve Demokrasi Partisi Partei für Frieden und Demokratie

DOHA Türkische Umweltorganisation

DTK Kongress für eine demokratische Gesellschaft

DTP Demokratik Toplum Partisi Partei der demokratischen Gesellschaft

Ergenekon Begriff aus der türkischen Mythologie, Bezeichnung für eine Verschwörung des „Tiefen Staates“ gegen die Regierung Erdogan 2003.

IHD İnsan Hakları Derneği Menschenrechtsverein

KaMer Kadın Merkezi Frauen Zentrum

KCK Koma Civakên Kurdistan Union der Gemeinschaften Kurdistans

KESK Gewerkschaft für den Öffentlichen Dienst ~Verdi

MHP Millîyetçi Hareket Partisi Partei der Nationalistischen Bewegung

Newroz Der neue Tag Kurdisches Neujahrsfest

NGO Nongovernmental Organosation Nicht Regierungs Organisatin

PKK Partiya Karkerên Kurdistan Arbeiterpartei Kurdistan

SES Gesundheitsgewerkschaft

TIHV Türk İnsan Hakları Vakfı Türkische Menschenrechtsstiftung

Tur Abdin Berg der Knechte Gottes Kernland der Syrisch-Orthodoxen Kirche in der Türkei

Fotos Innenseite im Uhrzeigersinn: Akdamar; Mädchen in Diyarbakir; Kostbarkeiten von Kars; die Gruppe am Van-See vor Akdamar; Mustafa in Kars, Austauschstudent des IPPNW-Programms „famulieren & engagieren“.

Fotos Rückseite: Newroz in Diyarbakir 2011.



